

MOTION von Susanne Brunner (SVP, Zürich), Corinne Hoss-Blatter (FDP, Zollikon) und Reto Agosti (FDP, Küsnacht)

betreffend Kein Gendersprachzwang an Zürcher Bildungsinstituten

Der Regierungsrat wird beauftragt, dem Kantonsrat eine gesetzliche Grundlage zu unterbreiten, welche sicherstellt, dass Schülerinnen und Schüler, Studentinnen und Studenten an kantonalen Bildungsinstitutionen keinerlei Nachteile erfahren, wenn sie aus persönlichen Gründen keine Gendersprache verwenden wollen.

Begründung

Verschiedene Zürcher Bildungsinstitutionen haben eigene Sprachleitfäden für „geschlechtergerechte Sprache“ oder für „inklusive Sprachgebrauch“ entwickelt. Viele Studentinnen und Studenten befinden sich heute in der Situation, mit einem Notenabzug rechnen zu müssen, wenn sie in ihren schriftlichen Arbeiten nicht die jeweiligen Sprachvorschriften befolgen. Die verschiedenen Formen der Gendersprache sind oftmals grammatisch nicht korrekt, insbesondere Sonderzeichen innerhalb einzelner Wörter (wie z.B. Genderstern, Genderunterstrich, Genderdoppelpunkt) oder das substantivierte Partizip.

Mit der Motion soll sichergestellt werden, dass keine Studentin, kein Student, keine Schülerin oder kein Schüler zum gendergerechten Sprachgebrauch gezwungen werden kann, wenn er oder sie dies nicht tun will.

Zudem wären die Zürcher Bildungsinstitutionen gut beraten, korrektes Deutsch zu lehren. Die Pisa-Studie 2022 zeigt, dass ein Viertel aller 15-Jährigen in der Schweiz nur ungenügend lesen kann. Das Gendern macht die Sprache sperrig, schwer verständlich und schwer lesbar. Auch aus diesen Gründen ist es angezeigt, dass Zürcher Bildungsinstitutionen nicht die Einhaltung von Sprachregeln einfordern können, welche nicht den offiziellen orthografischen und grammatischen Regeln entsprechen.

Susanne Brunner
Corinne Hoss-Blatter
Reto Agosti